



öffentlich

**Betreff:**

Mieten der Kulturträger in der Schiffbauergasse

Erstellungsdatum 10.10.2002

Eingang 02:

**Einreicher:** PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.11.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass im Zuge der Neugestaltung des Kulturstandortes „Schiffbauergasse“ keine neuen Kostenbelastungen in Form von Miet- bzw. Pachtzahlungen auf die ansässigen Kulturträger zukommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Grundsatz vertraglich zu regeln.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Der Neubau von Kulturreinrichtungen in der Schiffbauergasse soll dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Hans-Otto-Theaters und der freien Träger dienen. Ihre ohnehin schon seit Jahren bestehende komplizierte Finanzsituation soll nicht weiter belastet werden durch zusätzliche Mietzahlungen für die neu zu errichtenden Gebäude. Neue Mietkosten sind existenzgefährdend und sind das Gegenteil von kulturpolitischer Förderung. Um für die Kulturträger Sicherheiten langfristig zu gewährleisten, sind vertragliche Regelungen notwendig.